



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.

Schwerin, den 24. August 2021

per Email an: bijou@bine.net

Wahlprüfsteine von BiNe - Bisexuelles Netzwerk e. V. zur Landtagswahl in MV

Ihre Email vom 14.08.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Email vom 14. August 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitere Fragen haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

Bisexuelle (Bi+) outen sich deutlich später (1), dabei sorgt Coming-out deutlich für Zufriedenheit (2).

Es gibt bislang 0 geoutete bi+ Bundestagsabgeordneten –anders in anderen Staaten (3).

Niemand muss sich outen, aber haben Sie geoutete (!) bi+ Politiker*innen in Ihrer Partei wahrgenommen? Wen?

Wir Freie Demokraten wollen allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Selbstbestimmung heißt für uns, so leben zu können, wie man ist. Ob schwul oder lesbisch, ob hetero- oder bisexuell, ob inter-, transsexuell oder transgender oder anders eingestellt – jeder Mensch soll seinen Lebensentwurf verwirklichen können.

Dazu gehört selbstverständlich auch entscheiden zu können, ob man sich als Abgeordneter outet. Geoutete bi+ Politiker*innen in der FDP können von unserer Seite nicht benannt werden. In unserer liberalen Partei muss niemand ein Outing fürchten. Insofern gehen sehr viele Politiker*innen sehr offen mit ihrer sexuellen Orientierung um.

Unsere Vorfeld-Organisation LiSL - Liberale Schwulen und Lesben (www.lisl-deutschland.de) ist ein Zusammenschluss liberal denkender Menschen, die sich für Menschen- und Bürgerrechte von Lesben, Schwulen, Trans-, Inter- und Bisexuellen (LSBTI) einsetzen und die Programmatik der FDP mitgestalten.

Frage 2

Bisexuelle Frauen sind deutlich häufiger als andere Opfer von Vergewaltigung und Gewalt: 61% vs. maximal 44% (4).

Junge Bi+ neigen zu Drogenmissbrauch (5).

Bi+ haben ein höheres Risiko, unter Krankheiten zu leiden (6).

Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?

Maßnahmen aus dem Gesundheitssystem sind oftmals Folgen von Gewalt auf Grund mangelnder Aufklärung. Wir Freien Demokraten wollen den Respekt und die Akzeptanz durch Beratungs- und Selbsthilfeangebote sowie die schulische und öffentliche Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt stärken.

So soll u. a. die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, die vor 11 Jahren von der FDP initiiert wurde, dauerhaft im Bundeshaushalt gesichert werden.

Homo-, bi- und transfeindliche Gewalt müsse im Strafgesetzbuch genauso behandelt werden wie rassistische Gewalt.

Zudem wollen wir niedrigschwellige Gesundheitsangebote ermöglichen, vor allem wenn ein erhöhtes gesundheitliches Risiko aufgrund der sexuellen Orientierung besteht.

Frage 3

86% der Bi+ wünschen sich mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (7). Materialien auf bine.net/schule.

In der Schulpraxis wird Bi+ meist verschwiegen. Junge bi+ sind keine Minderheit: 39% (8).

Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

In der Jugendarbeit werden wir Freie Demokraten der Diskriminierung gegenüber LSBTIQ entgegenwirken und Jugendliche bei einem selbstbewussten Coming-Out unterstützen. Das beinhaltet selbstverständlich auch die vollumfängliche Aufklärung zur Bisexualität.

Sozialarbeiterische Betreuung entsprechender Jugendzentren werden weiterhin gefördert. Außerdem sollen die Schulen vor Ort ermutigt werden, die Angebote bestehender ehrenamtlicher Schulaufklärungsprojekte wahrzunehmen.

Frage 4

(1) 2015 trat in MV ein **Aktionsplan gegen LSBTIQ*-Feindlichkeit** in Kraft, in dem der Begriff „bisexuell“ anders als in der Bi+Community anerkannt definiert wird (9-10).

(2) Welche bi-spezifischen Schwerpunkte wollen Sie in Zukunft hier setzen?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Stärkung von LSBTIQ*-Rechten und fordern einen nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit. Dies beinhaltet auch die Bildung & Aufklärung über Bi+ sowie deren Anerkennung.

Frage 5

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher (11).

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Wir Freie Demokraten verteidigen die Freiheit von Forschung und Lehre. Wissenschaft lebt von einer offenen Debattenkultur und der Suche nach der Wahrheit.

Moderne Hochschulen und beste Forschungsbedingungen sind die Grundlage für Innovation und Fortschritt in unserem Land und in der Gesellschaft. Wir Freie Demokraten wollen Forschung und Entwicklung daher stärker fördern, so dass auch beim Thema Bisexualität weitere Mittel zur Forschung zur Verfügung stehen.

Frage 6

Sichtbarkeit ist für Bi+ zentral (12).

Es gibt in SH eine **Initiative** hierzu (13-14), in Australien eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.) (15), den **1. Bi+Pride** in D 2021 mit Bi-Flaggen-Hissungen und Demonstration: bipride.de, in Berlin: biberlin.de

Welche Aktionen werden Sie wie unterstützen?

Die Regenbogenfahne ist ein sichtbares Zeichen von Toleranz und Akzeptanz, steht für die Vielfalt der Lebensformen und deren Gleichberechtigung. Eine Beflaggung von öffentlichen Gebäuden zeigt die Verbundenheit und Solidarität mit LSBTIQ und wird seitens der FDP-MV ausdrücklich unterstützt.

Diesbezüglich soll die Beflaggungsordnung erweitert werden.

Wir Freie Demokraten unterstützen Aktionen wie die Flaggenhissung zum Tag der Bisexuellen in Schleswig-Holstein durch den FDP-Familienminister Dr. Heiner Garg und würden gleiches in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen.

Frage 7

Sexualaufklärungs-Gegner gefährden Kinder (16), finden aber in d. Politik Gehör (17).

Politiker*innen äußern sich **LSBTI*-feindlich** (18-19).

Sachverständige fordern Initiativen gg. **Hasskriminalität gegen LSBTI*** (20).

Was tun Sie konkret gegen Menschenrechtsfeindlichkeit und für den Schutz von Bi+?

Die Polizei soll LSBTIQ-feindliche Straftaten bundesweit einheitlich erfassen und sie in ihrer Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen. Homo- und transfeindliche Gewalt müsse im Strafgesetzbuch genauso behandelt werden wie rassistische Gewalt. Gegner sexueller Aufklärung finden bei den Freien Demokraten kein Gehör.

Die Bundes- und Landespolizei sollen LSBTIQ*-Ansprechpartner benennen, LSBTIQ*-feindliche Straftaten bundeseinheitlich erfassen und insbesondere Ermittlungsdienste entsprechend schulen.

Frage 8:

LSBTI* werden weiter diskriminiert oder noch ungenüg. geschützt:

Blutspenden, Transsexuellenges., Grundges. für alle, Anerkennung gem. Elternschaft, geschlechtsangl. OPs an inter* Kindern, Konversionstherapien (21-29).

Werden Sie vermehrt auf d. Rat v. Expert*innen hören und Menschenrechte umsetzen?

Wir Freie Demokraten fordern ein vollständiges Verbot sog. Konversionstherapien und die Abschaffung des Blutspende-Verbots für homo- und bisexuelle Männer.

Weiterhin treten wir für die Anerkennung von Mehrelternschaften und Elternschaftsvereinbarungen vor der Zeugung ein. Bis zu vier Elternteile sollen rechtliche Eltern sein können. Unabhängig von der Mehrelternschaft soll in Zwei-Mütter-Familien die Co-Mutter automatisch rechtliche Mutter sein, im Fall einer Samenspende oder mit Zustimmung des Vaters. So sollen lesbische Mütter gestärkt werden, ohne schwule Väter zu entrechten.

Die Reproduktionsmedizin soll allen Menschen unabhängig von der sexuellen Orientierung zugänglich sein, inklusive Eizellspende und nicht-kommerzieller Leihmutterchaft.

Frage 9:

Auf Bundesebene wurde ein **LSBTI*-Inklusionskonzept** erstellt (30), dennoch bleiben erfolgreiche Maßnahmen selbst in der EU bislang aus (31-33).

Wie planen Sie in Zukunft (z. B. über den Bundesrat oder Auslandsbesuche), LSBTI*-Rechte im Ausland erfolgreicher einzufordern?

Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Deutschland gemeinsam mit EU-Partnern konsequent für die Stärkung von LSBTIQ-Rechten einsetzt, Menschenrechtsverletzungen an Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen verurteilt und für die Abschaffung diskriminierender Gesetze eintritt. Bei Strafverschärfungen gegen LSBTIQ muss Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit Nichtregierungsorganisationen vor Ort auf den Prüfstand stellen, gegebenenfalls die Budgethilfe streichen und die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen beenden.

Auf Ebene der Vereinten Nationen fordern wir eine Konvention für LSBTIQ-Rechte nach dem Vorbild der Frauenrechtskonvention. Nirgendwo dürfen homosexuelle Handlungen und die geschlechtliche Identität kriminalisiert werden. In der EU soll die Bundesregierung auf einen europaweiten Schutz von LSBTIQ-Rechten hinwirken. Angeblich „LGBT-freie Zonen“ in Polen und der europaweite Anstieg von Übergriffen gegen LSBTIQ sind mit europäischen Werten nicht vereinbar. Innerhalb der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen sollen mit allen Rechten und Pflichten anerkannt werden.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Doreen Siegemund
Landesgeschäftsführerin